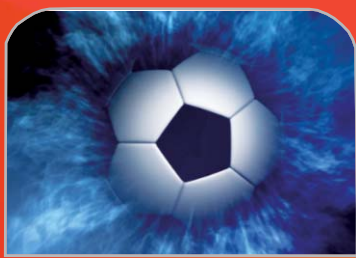




♦ Bundesweit beteiligten sich 90.000: Sie setzten mit dem Aktionstag der IG Metall ein starkes Zeichen für die Zukunft der industriellen Arbeitsplätze in Deutschland **Seiten 2 und 4**



♦ Tayb Kaval ist begeisterter Fußballtrainer für Kinder in Bad Salzuflen. Bei Coko gehört er zu den Vertrauensleuten. Zusammenhalt ist ihm wichtig. **Seite 4**



nachdruck

WIR FÜR NRW. WIR FÜR LIPPE.



Zeitung der IG Metall für die Beschäftigten in der lippischen Kunststoffindustrie

Nr.66 | Frühjahr 2025



Wer kann sich noch was leisten?

Eine neue Bundesregierung könnte bei Geringverdienern sparen wollen. Dem gilt es entschieden einen Riegel vorzuschieben.

Blass und in weiten Teilen inhaltsleer war der Bundestagswahlkampf. Die CDU plakatierte einen lächelnden Friedrich Merz mit dem Kommentar »Der richtige Mann zur richtigen Zeit«. Alles andere, etwa »Der richtige Mann zur falschen Zeit« oder, noch irritierender, »Der falsche Mann zur richtigen Zeit« hätte doch sehr verwundert. Die SPD gab sich staatstragend, plakatierte einen Bundeskanzler vor einer raumfüllenden Deutschlandflagge mit der tiefschürfenden Aussage »Mit Sicherheit mehr Netto«. Die FDP liebte auch das Netto: »Bürokratie runter. Netto rauf«, die Grünen zeigten »Zuversicht«.

Wie das für die Parteien ausgegangen ist, ist hinlänglich bekannt. Die FDP flog raus, die SPD verlor deutlich. Und die CDU holte ihr zweitschlechtestes Ergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik, fühlt sich aber

trotzdem als Gewinner. Die Partei Die Linke konnte auf den letzten Metern zulegen. Die AfD verdoppelte sich und wurde von rund einem Fünftel der Stimmberechtigten gewählt.

Dass mit dem Netto auf den Plakaten mal ernstgenommen, ergibt sich ein bewölkt Bild. Mehr Netto ist gerade nicht in Sicht. Die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD laufen noch, (Stand 17. März), für eine abschließende Einordnung ist es also zu früh. Aber es zeichnet sich ab, dass für eine Aufrüstung die Schuldenbremse aufgehoben werden soll, für Infrastrukturprojekte aber nicht, da soll es ein Sondervermögen geben. Damit würde die neue große Koalition wohl absichtlich die Möglichkeit verpassen, die Schuldenbremse zu reformieren oder gleich ganz abzuschaffen. Ein Infrastruktur-Son-

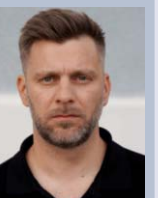
dervermögen von 500 Milliarden Euro, wie es im Raum steht, müsste am Ende allerdings so oder so jemand bezahlen, wenn es nicht von selbst für einen kräftigen Aufschwung sorgt. Bezahlen sollen immer die gleichen: Das sind diejenigen, die wenig haben und eben in der Breite die Beschäftigten. Das ist aus vergangener Krisen bekannt. Die Vorschläge von der Seitenlinie: Einen Feiertag streichen, den ersten Krank-

heitstag sollen Arbeitnehmer selbst bezahlen, das Elterngeld sei zu streichen, die Mehrwertsteuer könne rauf. Die Liste an Vorschlägen von Wirtschaftsexperten und Politikern wird bestimmt noch länger werden. Oben anzusetzen, also etwa eine Vermögenssteuer aufzulegen, wird einer CDU-geführten Bundesregierung nicht in die Sinn kommen. »Angriffe auf den Sozialstaat und auf die Rechte der Beschäftigten werden wir entschieden zurückweisen«, sagt Daniel Salski, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Detmold.

Auf die IG Metall und damit auf alle Mitglieder, die die IG Metall ausmachen, kommt einiges zu. Es geht darum, sich zu wehren, wenn die Politik Arbeitskosten senken will. Lösungen müssen aufgezeigt werden, wie ein gutes Leben für alle möglich ist.

» vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



die Bundestagswahlen sind gelaufen. Sehr wahrscheinlich wird es eine große Koalition zwischen CDU, CSU und SPD geben. Mal wieder. Wobei die große Koalition, seit 2005 bis 2021 mit vier Jahren Unterbrechung, Dauerzustand, vermutlich keine Koalition des Fortschritts sein wird. Und mit jedem Mal kleiner wird, dieses Mal hat es gerade so für eine Parlamentsmehrheit gereicht. Die CDU hat sich im Wahlkampf betont konservativ gegeben, hat dann aber nach der Wahl sehr zügig und bereitwillig gigantischen Summen für Militär und Infrastruktur ins Auge gefasst.

Für uns als Gewerkschaft ist es zentral zu schauen, dass Arbeitnehmerrechte unangetastet bleiben. Von der Stärkung der Mitbestimmung, die die alte Bundesregierung sich ins Koalitionsprogramm geschrieben und nicht umgesetzt hatte, ganz zu schweigen. Es zeichnet sich nach Sondierungspapier ein Tarifreuegesetz bei öffentlichen Ausschreibungen ab. Gut so. Der Mindestlohn wird aber nicht angehoben beziehungsweise nur insoweit, wie es die Mindestlohnkommission für nötig hält. Nicht so gut. Und die tägliche Höchstarbeit soll durch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit ersetzt werden. Damit könnten dann auch 16 Stunden am Tag gearbeitet werden. Das ist schlecht. Und Überstunden sollen steuerfrei werden. Klingt erst mal gut, muss aber nicht unbedingt sinnvoll sein. Ob das alles so kommt, ist erst am Ende der Koalitionsverhandlungen sichtbar.

Die IG Metall ihrerseits hat gute Ideen für die Zukunft. Diesen gilt es, maximales Gehör zu verschaffen.

Nikolaus Böttcher, IG Metall Detmold

fett-ecke »Whatever it takes!« – aber wofür?

Deutschland, also der Staat, muss dringend mehr Geld ausgeben. Doch so einfach ist das nicht – manchmal schlicht, weil in den Verwaltungen Beschäftigte fehlen, die das Geld auch in Anträge für sinnvolle Projekte übersetzen und dann auch die Projekte durch die verschiedenen Phasen steuern könnten.

Und es ist ja auch nicht so, dass kein Geld ausgegeben wird. Das Staatsdefizit für 2024 lag bei 119 Milliarden Euro, das sind 15 Milliarden Euro mehr als noch 2023. Und das bei höchsten Staatseinnahmen jemals. Deutschland hat bereits Schulden – und das nicht zu knapp. Die Gesamtsumme beläuft sich auf rund 2,5 Billionen Euro. Das ist viel, im internationalen Vergleich jedoch eher moderat. Entscheidend ist für Ökonomen das Verhältnis der Wirtschaftskraft zu den Schulden. Diese Staatsschuldenquote liegt in Deutschland bei rund 64 Prozent, das gilt im Vergleich zu anderen Län-

dern als solide. Frankreich etwa hat eine Quote von circa 110 Prozent, Italien von 134 Prozent, was ungefähr auf dem Niveau der USA liegt.

Die Rufe nach einer Reform oder gar einem Ende der Schuldenbremse nicht. Die Schuldenbremse für die Staatsausgaben, da zählen auch die Ausgaben der Sozialkassen dazu, wurde von einer Zweidrittelmehrheit des Bundestags und auch von einer Mehrheit der Landesregierungen im Bundesrat 2009 beschlossen. Seitdem gilt: Der Bund darf maximal 0,35 des Bruttoinlandsprodukts als neue Schulden aufnehmen. Die Bundesländer dürfen gleichgar keine Schulden mehr machen, überschuldete Kommunen geraten in die Haushaltssicherung, dürfen also nur noch Geld für das Nötigste ausgeben.

Weniger Kredite gleich mehr Wohlstand war schon damals eine fragwürdige Formel. Doch so richtig unter Druck geriet diese erst ein

gutes Jahrzehnt später – mit der Coronakrise. Die Bundesregierung behalf sich mit einem Sondervermögen, um die selbst gesetzte Bremse zu umgehen. Als dann die nächste Krise in Form des Krieges Russlands gegen die Ukraine begann und die Militärausgaben hoch sollten, wurde des nächste Sondervermögen geschaffen. Nur bei der Klimakrise funktionierte dies nicht mehr, das Bundesverfassungsgericht piffte die alte Bundesregierung 2023 zurück, die übriggebliebene Corona-Milliarden umwidmen wollte. Und nun soll ein weiteres Sondervermögen für Infrastruktur kommen – und die Schuldenbremse immer noch nicht angetastet werden.

Ohne Kredite geht es nicht. Das können alle Unternehmen bestätigen, die schließlich selbst ständig Kredite aufnehmen. Allerdings ist es nicht sinnvoll, die Schuldenbremse zu lockern und das Geld einfach mal rauszuhauen. Es

geht um Investitionen in die Gegenwart und Zukunft.

Dass von der wahrscheinlich neuen Bundesregierung angestrebte Sondervermögen ist nichts anderes als Schulden beziehungsweise handelbare Schuldscheine. Dass die Kinder bezahlen müssen, ist eine Binsenweisheit – die nicht einmal zutreffen muss. Entweder sind die Investitionen sinnvoll, gehen voll in die Infrastruktur und werden nicht durch Konsum verbraten, dann haben die Kinder davon auch was. Eine gute Infrastruktur bringt Milliarden Euro mehr Wirtschaftsleistung. Was übrigens auf Rüstaussgaben größtenteils nicht zutrifft, da handelt es sich eher um Konsum.

Die Kinder sind allerdings auch dann betroffen, wenn bereits in nächster Zeit der ärmere Teil der Bevölkerung sich einschränken soll, etwa beim Bürgergeld oder durch späteren Rentenbeginn.

► kurz berichtet

Krank ist krank

Wirtschaftswissenschaftler und auch ein Expertenrat der alten Bundesregierung empfehlen die Einführung einer »teilweisen Krankschreibung«. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die IG Metall sind entschieden dagegen.

Teilweise Krankschreibungen, was soll das überhaupt sein? Nicht damit gemeint sind berufliche Wiedereingliederungen nach einer längeren Krankheit, bei der Beschäftigte langsam und stundenweise wieder an die alte Arbeitszeit herangeführt werden. Gemeint ist tatsächlich, jemand nur für eine bestimmte Stundenzahl krankzuschreiben, also beispielsweise 75 Prozent krank und 25 Prozent gesund. Die gesetzliche Krankenkasse würde dann in Teilzeit Krankengeld zahlen, der Rest wären Lohn oder Gehalt. In Deutschland gilt bislang ein »Entweder-Oder«, und geht es auch dabei. »Wer will denn ernsthaft festlegen, welche Arbeit dann okay ist und welche nicht«, fragt Nikolaus Böttcher von der IG Metall Detmold.

Die Gesundheit von Beschäftigten dürfe niemals kurzfristigen Wirtschaftlichkeitserwägungen geopfert werden, sagt Anja Piel vom DGB-Vorstand. »Wir lehnen Teilkrankschreibungen ebenso entschieden ab wie die Anrechnung von Krankheitstagen auf Urlaubsansprüche«, sagt sie. Statt kranke Beschäftigte zur Arbeit zu jagen, oder ihnen den Urlaub zu kürzen, muss das betriebliche Gesundheitsmanagement besser werden. Das bedeutet, dass überall ausreichende Erholungszeiten, die konsequente Durchsetzung der Arbeits- und Gesundheitsschutzvorschriften, ein wertschätzendes Arbeitsklima und verstärkte Gesundheitsförderung gewährleistet sein müssen.

Bereits heute gehen viel zu viele krank zur Arbeit. »Das gefährdet die eigene Gesundheit und setzt langfristig die Erwerbsfähigkeit aufs Spiel«, ergänzt Anja Piel.

Eine klare Absage erteilen die Gewerkschaften auch Überlegungen, dass künftig der erste Krankheitstag wegfallen soll. Würde bedeuten: Diesen müssten Erkrankte selbst

finanzieren, etwa indem er oder sie einen Urlaubstag nimmt. Das hat nicht irgendwer vorgeschlagen, sondern Oliver Bäte, Chef der Allianz-Versicherung, ein Konzern, der Menschen eigentlich Sicherheit geben will und daran sehr gut verdient. Im operativen Tagesgeschäft lag der Gewinn 2024 bei 16 Milliarden Euro. »Solche Vorschläge, die noch dazu von Menschen kommen, die sehr vermögend sind, sehen wir als Angriff auf Arbeitnehmerrechte«, sagt Nikolaus Böttcher.

Krise in der Automobilindustrie droht

Die für große Teile der lippischen Kunststoffindustrie so wichtige Automobilindustrie rutscht weiter ab. Die Zahlen bleiben zwar auf hohem Niveau, BMW etwa meldete im März einen Gewinn nach Steuern von 7,7 Milliarden Euro für das abgelaufene Geschäftsjahr, Volkswagen vermeldet 12,4 Milliarden Euro Gewinn und Mercedes 10,4 Milliarden Euro. Das sind Gewinne, die immer noch für dicke Dividenden der Aktienbesitzer reichen. Und manchmal hilft auch ein Blick in die jüngere Geschichte. Es ist nicht das erste Mal, dass Gewinne runter gehen. 2019 etwa, noch gar nicht so lange her, meldete BMW einen Gewinneinbruch von 7,1 auf 5 Milliarden Euro.

Die Autobauer rufen dennoch die Krise aus, weil sie in den kommenden Jahren schlechtere Zahlen befürchten. Bei VW sollen bis 2030 35.000 Stellen abgebaut werden.

Experten von außen sind da vorsichtiger. Vieles wird davon abhängen, wie sich die globalen Märkte vor allem in China für die Autobauer aus Deutschland entwickeln und welche Modell- und Preispolitik die Automobilisten einschlagen. Möglicherweise ist bei den teuren Modellen mit sehr hohen Gewinnen pro Stück erst mal das Ende der Fahnenstange erreicht. Und die globale Konkurrenz schläft nicht. Im Gegenteil, bei der Elektromobilität hat sie inzwischen die Nase vorn. So oder so, die Auswirkungen der Verunsicherung bekommen die Zulieferer, zu denen die Kunststoffindustrie gehört, zu spüren.

Nächste Tarifrunde startet

Zum 1. April 2025 gibt es in lippischen Kunststoffindustrie 3 Prozent mehr Geld in die Tabelle. Der aktuelle Tarifvertrag in der lippischen Kunststoffindustrie läuft dann am 30. September dieses Jahres aus. Zeit, sich erste Gedanken zu machen, wie die Tarifrunde gestaltet werden kann, nahmen sich IG Metall-Mitglieder aus der Branche bei einem Wochenendseminar Anfang März. »Das wir mitten in herausfordernden Zeiten stehen, ist allen klar. Für uns wird es darum gehen, die Interessen der Mitglieder durchzusetzen«, sagt Nikolaus Böttcher.

Einen groben Zeitplan gibt es bereits: Noch vor dem Sommer will die IG Metall eine Befragung der Beschäftigten in den Betrieben durchführen. Die Ergebnisse werden dann eine wichtige Rolle spielen, wenn es darum geht, in der Tarifkommission der IG Metall die Forderung aufzustellen. »Wir werden die Tarifrunde intensiv begleiten und möglichst aktiv gestalten«, ergänzt Nikolaus Böttcher.

Inflation bleibt spürbar

Insgesamt hat sich die Inflation wieder beruhigt. Doch in wichtigen Bereichen geht es weiter nach oben: Lebensmittel etwa kosteten im Februar im Schnitt 2,4 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Butter kostete davon 27,9 Prozent mehr als vor einem Jahr, Speiseöl 11,9 Prozent, Milch 19,1 Prozent.

Entspannung ist nicht in Sicht. Der Großhandel im Lebensmittelbereich verzeichnet weiter steigende Preise, Kaffee und Kakao klettern weiter und liegen 44 Prozent über dem Februar 2024. Die Großhandelspreise landen dann auch bald als Preisaufschlag im Einzelhandel.

S bei den Erzeugerpreisen. Auch die haben sich nach Angaben des Bundesamts erhöht: um 2,8 Prozent gegenüber Januar 2024. So verteuerten sich etwa Tafeläpfel um 16,5 Prozent und Milch um 19,1 Prozent.

90 Prozent der Befragten einer aktuellen Erhebung der Organisation Foodwatch wünschen sich von der kommenden Bundesregierung Maßnahmen, damit Lebensmittel wieder bezahlbar werden. Doch danach sieht es nicht aus. Die künftige Regierung könnte in der Gastronomie den Mehrwertsteuersatz auf 7 Prozent absenken, bei Lebensmitteln ist das nicht geplant.

»Zukunft statt Kahlschlag«

Bundesweit beteiligten sich über 80.000 Menschen am Aktionstag der IG Metall am 15. März. Im Rahmen der Aktion fanden Kundgebungen in Hannover, Köln, Frankfurt am Main, Stuttgart und Leipzig statt, geschätzt waren es in Hannover 9.000 Teilnehmende. Hannover war der Kundgebungsort für die Metallerrinnen und Metaller aus dem Bereich der Geschäftsstelle Detmold. Die war in Hannover zahlreich und gut sichtbar vertreten, gleich mit zehn Bussen waren die Lipperinnen und Lipper angereist. Die Kundgebung dort begann wie an allen anderen Orten symbolträchtig um fünf Minuten vor Zwölf.

»Wir setzen mit unserem Aktionstag ein klares Zeichen für schnelles Handeln, beherzte Investitionen von Politik und Unternehmen und vor allem: Für unsere Zukunft«, sagte die Hauptrednerin und IG Metall-Vorsitzende Christiane Benner in Hannover. »Ohne Industrie ist Deutschland ein armes Land, das werden wir nicht zulassen«, sagte sie weiter. »Wir erwarten mehr von den Arbeitgebern. Sie bauen ab, kürzen, wollen verlagern und machen keine Anstalten, Innovationen oder Zukunft zu gestalten. Aber wir können Zukunft, wir können neue Technologien, wir können grüne Industrie. Und jetzt wollen wir das auch machen!« Die IG Metall-Vorsitzende befürwortet das geplante, zum Zeitpunkt der Kundgebung aber noch nicht beschlossene Sondervermögen für mehr Investitionen. Die neue Bundesregierung müsse schnell das Ruder herumreißen und die Bedingungen für die Industrie verbessern und – ganz wichtig – die soziale Sicherheit im Wandel garantieren.

► Mehr Fotos auf Seite 4



Aussichten verschlechtern sich

Die Aussichten für immer mehr Betriebe der lippischen Kunststoffindustrie werden schlechter. Viel wird davon abhängen, ob die Wirtschaft insgesamt wieder zu mehr Wachstum kommt.

Bei **Coko** in Bad Salzuflen sind die Bücher Anfang des Jahres voll. Das bedeutet viel Arbeit für die gut 500 Beschäftigten. Der Betriebsrat schätzt, dass die gute Auftragslage mindestens bis zum Sommer anhält. Im Prinzip ein Auf und Ab wie in den vergangenen Jahren auch. Allerdings könnte das Coko-Werk in Bad Salzuflen ein Ertragsproblem haben, will heißen: Es wird viel hergestellt, aber zu wenig Geld bleibt auf dem Firmenkonto hängen. In der Gruppe, vier Werke in drei Ländern gehören zu Coko, war die Ertragslage wohl insgesamt auskömmlich, doch nicht in Bad Salzuflen.

Darauf deuten hin, dass eine Gebäudesanierung auf der Hälfte vorzeitig beendet wurde, dass Investitionen in ein, zwei Maschinen, die ein höheres Volumen ermöglichen würden nicht kommen und dass frei werdende Stellen, etwa wenn Kollegen in Rente gehen oder zu einem anderen Unternehmen wechseln, nicht nachbesetzt werden. Was zusammengekommen mit einem hohen Krankenstand Druck auf die Beschäftigten macht. An Wochenenden werden sogar teilweise Sonderschichten gefahren.

Mitte Januar informierte die Geschäftsführung die Belegschaft über Schwierigkeiten. Seit Anfang des Jahres wird nun intensiv analysiert. Dazu hat die Geschäftsführung eine Beratungsfirma ins Unternehmen geholt, die ein sogenanntes IDW S6-Gutachten erstellt. »Mit diesem Gutachten wird geprüft, wie es um die Liquidität bestellt ist und welche Maßnahmen sinnvoll erscheinen«, erläutert Martin Brummermann, der Betriebsratsvorsitzende.

Der Betriebsrat ist dabei seit Anfang Februar einbezogen und ist bei einigen Meetings dabei. »Wir gehen davon aus, dass die Analysephase noch bis Ende März läuft. Aktuell werden wir als Betriebsrat informiert und beteiligt«, sagt Martin Brummermann. Der Betriebsrat hat sich seinerseits tagesweise eine Beratungsfirma hinzugeholt, sy.con aus Wuppertal. Dabei geht es vor allem darum, die wirtschaftlichen Zahlen zu lesen und zu deuten. Der Betriebsrat bringt eigene Vorschläge ein, wenn es um einen Maßnahmenplan geht.

Für die Beschäftigten bedeutet die aktuelle Lage Unsicherheit. Sie wissen nicht, was nach der Analyse auf sie zukommt. »Wir beteiligen uns nicht an Spekulationen oder Schuldzuweisungen. Wir werden sehen, ob und wenn ja, welche Maßnahmen die Geschäftsführung im Anschluss anstrebt und uns dann dazu verhalten«, sagt Martin Brummermann.

Was die Geschäftsführung bereits kurzfristig angekündigt hat: Die dritte Stufe des aktuellen Tarifabschlusses – 3 Prozent mehr Geld ab dem 1. April 2025 – will die Geschäftsführung mit übertariflichen Leistungen verrechnen. Dies wird vor allem Kolleginnen und Kollegen in höheren Entgeltgruppen und Außertarifliche treffen, in den unteren Entgeltgruppen wird da nicht mehr viel bis gar nichts abzuschmelzen sein. »Jeder und jede Beschäftigte haben ein Recht auf die Tarifierhöhung. Unser Leben ist in den vergangenen Jahren richtig viel teurer geworden. Von daher ist es ein falsches Signal der Geschäftsführung, bei den Mitarbeitern sparen zu wollen«, sagt der Betriebsratsvorsitzende.

Verhandelt werden soll eine Betriebsver-

einbarung zur Arbeitszeit in der Montage. Der Arbeitgeber will ein Flexibilisierungsmodell erreichen. Weiter offen sind Betriebsvereinbarungen zur Arbeitszeit im Versand und zu Urlaubs Grundsätzen und auch zum Thema Sucht.

Der »Coko-Stammtisch«, zu dem alle IG Metall-Mitglieder bei Coko eingeladen sind, läuft weiter. Die Termine werden ausgehängt.

Bei **Oskar Lehmann** in Blomberg Donop setzt sich die schlechte Auftragslage fort. »Das Unternehmen arbeitet intensiv daran, die Lage zu verbessern«, sagt Marcel Gerdt, der Betriebsratsvorsitzende.

Oskar Lehmann zählt knapp 200 Beschäftigte, inklusive 18 Auszubildender. Leiharbeiternehmer sind keine im Betrieb. Überstunden fallen keine an. Eine Ausnahme bildet das Werkzeuglager, in dem mehrgearbeitet wird, um liegengeliebene Werkzeug zu reduzieren, damit Wartungen und Reparaturen gewährleistet bleiben. In der Messtechnik wird ab März eine Zeit lang versetzt gearbeitet, um neue Projekte abzuarbeiten. »Grundsätzlich aber gilt, dass es auch in den kommenden Monaten zu Kurzarbeit kommen kann«, erläutert Marcel Gerdt. Für März wird definitiv kurzgearbeitet. Angemeldet ist die Kurzarbeit bis Ende des Jahres 2025. In den kommenden Monaten wird von Woche zu Woche geschaut, ob Kurzarbeit nötig ist.

Bei **Ninkaplast** in Bad Salzuflen arbeiten aktuell 306 Beschäftigte. Im vergangenen Jahr haben 18 Kolleginnen und Kollegen neu angefangen, darunter sieben Beschäftigte, deren Vertrag entfristet wurde und zwei ehemalige Auszubildende, die nun fest eingestellt wurden. Aktuell ist die Auftragslage zufriedenstellend, Überstunden fallen in einigen Bereichen an. Allerdings hat sich der Ausblick eingetrübt. Möglicherweise wird sich die Auftragslage ab April verschlechtern. »Was auch immer kommt, wir werden uns den Herausforderungen stellen«, sagt der Betriebsratsvorsitzende Esin Kocaaga. Die betriebliche Lage war auch Thema bei der gut besuchten Betriebsversammlung am Montag, 10. März.

15 Auszubildende arbeiten im Betrieb. Im vergangenen Spätsommer haben ein Mechatroniker, zwei Kunststofftechnologe, ein Industriekaufmann und eine Produkt Designerin mit ihrer Ausbildung begonnen.

Vier Beschäftigte haben ihre Altersteilzeit abgeschlossen und wechseln in die Rente, für die Altersteilzeit entsprechend dem Tarifvertrag Demografie gibt es bereits neue Interessierte.

Das vergangene Geschäftsjahr lief gut, der Umsatz war so hoch, dass die Prämienvereinbarung mit dem Betriebsrat greift. Alle Kolleginnen und Kollegen erhalten im April eine zusätzliche Prämie.

Um fünf Euro netto erhöht sich die ebenfalls über eine Betriebsvereinbarung geregelte Summe für den jährlichen Kauf von Sicherheitsschuhen, berichtet der Betriebsrat. Weiter berichtet er, dass ein digitales Portal für Gehaltsabrechnungen an den Start gegangen ist. Die Abrechnungen werden nicht mehr händisch verteilt sondern sind jetzt für alle Beschäftigten datengeschützt abrufbar. Wer will, kann sich die

Abrechnung in einem Raum im Betrieb auch ausdrucken.

Der Betriebsrat gratuliert einer Reihe von Beschäftigten, die in den vergangenen Wochen Jubiläum begingen: Neben Jubilaren mit zehn Jahren gab es ein Jubilar mit 20 Jahren, 4 mit 25 Jahren, einer mit 30, zwei mit 35 und sogar fünf mit 40 Jahren Betriebszugehörigkeit.

Die Gesckicke bei Ninkaplast leitet seit Januar ein neuer Geschäftsführer – und zwar der Sohn des bisherigen. Damit bleibt die familiäre Kontinuität gewahrt. »Wir danken Klaus Hennig Wulf für sein großes Engagement für das Unternehmen und wünschen ihm alles Gute«, sagt Esin Kocaaga zum ausscheidenden langjährigen Geschäftsführer Klaus Henning Wulf.

Bei **Kingspan Light + Air GmbH** in Bad Salzuflen berichtet der Betriebsrat von einer zu friedensstellenden Auftragslage. Der Jahresbeginn ist traditionell etwas schwächer, in zwischen sieht es aber besser aus. Weiterhin gut zu tun also für die rund 320 Beschäftigten. Kurzarbeit gibt es keine, gearbeitet wird die tarifliche Arbeitszeit von 37 Stunden/Woche. Neu eingestellt wurden ein Fertigungsoptimierer und ein Operations Director, der sich die Fertigungsabläufe anschaut. Gewechselt hat der Leiter der Finanzen.

Weiter für viel Unruhe im Betrieb sorgen ständige Umzüge. »Es scheint da tolle Ideen zu geben, aber es wirkt so, als ob nichts geplant ist und schlimm finden wir auch, dass im Vorfeld nicht mit dem betroffenen Mitarbeitern gesprochen wurde oder sie informiert wurden«, sagt Halil Annac, der Betriebsratsvorsitzende. Anwendungstechnik und Entwicklung ziehen zum Vertrieb, die Einheiten sollen näher zueinander, um sich zu unterstützen, auch in anderen Gebäuden wird hin- und her, ein- und ausgezogen. Der Betriebsrat ist übrigens auch an einem neuen Ort erreichbar, er muss ins Gebäude 4 umziehen. »Mit den Umzügen sehen wir eine Reihe von Problemen: Passen die Raumgrößen, die die Arbeitsplatzergonomie gewährleistet?« fragt sich der Betriebsratsvorsitzende. Und bemerkt nebenbei, dass es früher mal Umzughelfer gab, inzwischen aber die Beschäftigten ihre Sachen offenbar selbst durch die Gegend schleppen müssen. Grundsätzlich würde sich der Betriebsrat mehr Transparenz für die Beschäftigten wünschen, was das Thema Umzüge angeht.

Aktuell verhandelt zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung wird eine Betriebsvereinbarung zur Arbeitszeit. Die alte Betriebsvereinbarung gilt nicht mehr, sie war wie andere Betriebsvereinbarungen auch an eine Zukunftsvereinbarung gekoppelt, die der Arbeitgeber aber kündigte.

Der Betriebsrat strebt weiter eine Betriebsvereinbarung zu Gefährdungsbeurteilungen an, sowohl für körperliche als auch für psychische Belastungen am Arbeitsplatz. »Bislang können wir den Arbeitsschutz im Sinne der Beschäftigten zu wenig mitbestimmen«, sagt Halil Annac. Der Betriebsrat hat dazu nun erste Entwürfe von Betriebsvereinbarungen an den Arbeitgeber weitergereicht, zu Verhandlungen ist es bislang noch nicht gekommen. Fest steht inzwischen bereits die Betriebsruhe 2025/2026, also die Zeit, in der das Werk am Ende des Jahres geschlossen sein wird, sie läuft vom 22. Dezember 2025 bis zum 05. Januar 2026.

» recht praktisch

Abrechnung digital reicht

Ein Unternehmen ist nicht verpflichtet, die Entgeltabrechnung in Papierform bereitzustellen, es kann dies auch in digitaler Form tun. Dafür muss es ein passwortgeschütztes digitales Mitarbeiterpostfach geben (wie auf dieser Seite über Ninkaplast berichtet). Wer privat nicht auf das Postfach zugreifen kann, muss dies im Betrieb können und auch die Möglichkeit haben, die Abrechnung ausdrucken zu können.

Der Anspruch auf Abrechnung sei eine sogenannte Holschuld, urteilte das Bundesarbeitsgericht. Es reiche aus, dass der Arbeitgeber die Abrechnung an einer elektronischen Ausgabestelle bereitstelle.

Eine Beschäftigte hatte dagegen geklagt – und verloren. Sie wollte die Abrechnung weiter in Papierform haben. Dem stimmte das Gericht nicht zu, weil sie die Möglichkeit habe, im Betrieb auf Abrechnungen zuzugreifen und diese dort auch auszudrucken. Das Bundesarbeitsgericht verwies den Fall zurück an das zuständige Landgericht.

Urteil des Bundesarbeitsgerichts (9 AZR 48/24).

Unfall auf dem Weg nicht immer Arbeitsunfall

Mal eben tanken auf dem Weg zur Arbeit? Geht immer, manchmal muss es sogar sein. Aber nicht immer greift die Wegeunfallversicherung. Im konkreten Fall wollte ein Auszubildender mit seinem Motorrad zur rund 18 Kilometer entfernten Ausbildungsstätte fahren. Der Tank stellte sich nach dem Losfahren als eher leer dar, also wurde eine Tankstelle angefahren. Die liegt allerdings in entgegengesetzter Richtung. Noch bevor der Motorradfahrer die Tankstelle erreichte, krachte es. In der Folge war der Beschäftigte mehrere Wochen arbeitsunfähig.

Nachdem die Berufsgenossenschaft die Anerkennung eines Arbeitsunfalls abgelehnt hatte, erhob er Klage und machte geltend, erst beim Anfahren festgestellt zu haben, dass der im Tank vorhandene Kraftstoff nicht ausreichen würde, um die Arbeitsstelle zu erreichen. Die Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht Baden-Württemberg stellte nun klar, dass sich der Unfall eben nicht auf dem unmittelbaren Weg zur Arbeit ereignet habe. Außergewöhnliche Umstände, bei denen ausnahmsweise dennoch die Einbeziehung des Tankens in den Schutzbereich der gesetzlichen Unfallversicherung gerechtfertigt sein könnte, hätten nicht vorgelegen. Das gelte selbst dann, wenn erst bei Fahrtantritt festgestellt wird, dass ein Familienangehöriger den Tank leer gefahren hatte.

Landessozialgericht Baden-Württemberg, Urteil vom 26. September 2024 (L 10 U 3706/21).

Dankbar für das Lächeln der Kinder

Tayb Kaval war selbst begeisterter Fußballspieler. Inzwischen trainiert er die Kinder des 2015-Jahrgangs beim TuS RW Grastrup-Retzen. Bei Coko gehört er zu den Vertrauensleuten. Zusammenhalt ist ihm wichtig.



»Nie ohne mein Team«: Der Trainer Tayb Kaval und die Jungs und Mädchen seiner Ez.

Tayb Kaval lebt mit Frau und Kindern im Bad Salzufler Stadtteil Retzen. Er ist bei Coko beschäftigt und in seiner Freizeit begeisterter Fußball-Trainer. Zu Coko kam er 2014 als Leiharbeitnehmer über das »Netzwerk Lippe«, seit 2017 ist er bei Coko fest beschäftigt. Der Vertrauensmann der IG Metall arbeitet in der Produktion.

Deine aktive Karriere ist beendet. Heute arbeitest Du ehrenamtlich als Fußballtrainer.

Ich bin erst 32 Jahre. Aber vor zwei Jahren hatte ich eine Knie-Operation und habe mich dann entschieden, aufzuhören. Irgendwann wird das Risiko zu groß und die Familie und der Beruf sind wichtiger. Mit vier Jahren hatte ich beim SC Bad Salzuflen angefangen und spielte dann mit 17 Jahren schon Landesliga in der ersten Mannschaft. Seit 2018 lebe ich in einem Haus in Retzen, ich fühle mich dort pu-

delwohl. Ein Kollege aus der Werkzeugvor-
bereitung hat mich erfolgreich für den Sport-
verein vor Ort aufmerksam gemacht , den TuS
RW Grastrup-Retzen und schließlich bin ich
mit, zunächst als Spieler und seit 2020 auch als
Trainer.

Was motiviert dich?

Ich habe zwei Kinder, ein Junge und ein Mädchen. Beide spielen begeistert Fußball. Ich selbst trainiere die E2, den 2015er-Jahrgang und damit auch meinen Sohn.

Meine Kinder zu trainieren, ist sicherlich eine große Motivation. Aber

das ist es nicht alleine. Der Umgang mit Kindern, die große Freude haben, die lächeln und motiviert sind, dafür bin ich sehr dankbar. Mein Team besteht momentan aus 14 Spielern und Spielerinnen, sie verpassen kaum ein Training oder ein Spiel. Wer als Kind Stress hat, kann beim Kicken abschalten. Auch die Gruppe versteht sich super. Sieben von ihnen gehen in eine Klasse und sind befreundet. Sie treffen sich auch Privat zum spielen – gleich zum Beispiel kommt der Torwart bei uns vorbei und mein Sohn und er wollen im Garten kicken.

Auch zwischen den Eltern gibt es eine Freundschaft. Wir unterstützen uns gegenseitig. Ich bin selbst ein großer Fan des FC Barcelona. Ein Traum von mir, der von den anderen Eltern geteilt wird: Einmal mit dem ganzen Team nach Barcelona zu fahren. Wir hoffen, dass das in den nächsten zwei, drei Jahren klappt. Ich habe dem Team auf jeden Fall versprochen, dass ich in den nächsten Jahren dabei bleibe. Ich wachse mit dem Team mit, als ich sie übernommen habe, waren die Kinder vier, fünf Jahre jung.

Unser Team ist übrigens auch sehr gut. In

dem Alter gibt es noch keine Tabelle, aber wir sind seit drei Jahren ohne Pflichtspiel-Niederlage, das sind 60 Spiele. Wir werden ab der nächsten Saison in einer Altersklasse höher spielen, bei den Jungen und Mädchen der E-1. Dann wird es wohl schwieriger werden, was gut ist.

Hast Du Dich als Trainer qualifiziert?

Ja, 2020 habe ich ein Kinderzertifikat erworben. Jetzt schaue den nächsten Schritt zu machen und somit meine C- Lizenz absolvieren. Mit dieser könnte ich die Kids dann auch in der Bezirksliga als Cheftrainer zu betreuen.

Im Betrieb engagierst Du Dich in der IG Metall.

Ich gehöre mit anderen zum Vertrauenskörper der IG Metall bei Coko. Wir werden immer mehr. Dabei spielt der Coko-Stammtisch für IG Metall-Mitglieder, den wir seit ungefähr zwei Jahren vier- bis fünfmal im Jahr durchführen, eine große Rolle. Beim Stammtisch können wir uns austauschen, bekommen mehr Informationen, weil der Betriebsrat oft auch dabei ist. Denn im Betrieb gibt es immer wieder Gerüchte, die meisten davon stellen sich dann als Unsinn heraus. Der Betriebsrat kann dazu was sagen, weil er die Infos hat.

In der IG Metall zu sein, ist sowieso gut, nicht nur in Krisenzeiten. Ohne betriebliche und gewerkschaftliche Mitbestimmung sehe es düster aus. Zusammenhalt ist wichtig, nur so können wir eine Stärke entwickeln.

Zum Aktionstag am 15. März sind wir mitgefahren. Mit dabei auch Kinder und Eltern meines Fußballteams (siehe auch Foto links unten). Wir unterstützen uns, das heißt, sie fahren auch mit, wenn es um die Zukunft meines und aller anderen Industriearbeitsplätze in Deutschland geht.



Bilder vom Aktionstag in Hannover

Impressum

›Nachdruck‹

Zeitung der IG Metall für die Beschäftigten
in der lippischen Kunststoffindustrie

Redaktion: Halil Annac, Nikolaus Böttcher, Martin Brummermann, Marcel Gerdt, Esin Kocaaga, Dajana Nüsse-Klamann

Fotos: S1. unsplash, S.1 links, S.4 oben privat, alle weiteren
IG Metall

Redaktionsleitung, Layout und Satz: Manfred Horn

Verantwortlich i.S.d.P.: Daniel Salewski, IG Metall Detmold,
Gutenbergstr. 2, 32756 Detmold, fon 05231. 99 190,
eMail detmold@igmetall.de

Wir freuen uns über LeserInnenbriefe und Rückmeldungen. Vielleicht wissen Sie, weißt Du, von einem Thema, über das wir berichten sollten. Schreibe eine eMail mit dem Betreff »nachdruck« an: detmold@igmetall.de oder einen Brief an unsere Redaktionsadresse: IG Metall Detmold, Gutenbergstr. 2, 32 756 Detmold

IG Metall – Eine starke Gemeinschaft. Jetzt Mitglied werden!

Die Beitrittserklärung können Sie bei Ihrem Betriebsrat, bei den Vertrauensleuten der IG Metall und in der Geschäftsstelle der IG Metall in Detmold, Gutenbergstr. 2, 32756 Detmold, abgeben.

BEITRITTSKLÄRUNG										Auch möglich unter www.igmetall.de/beitreten										Eintrittsdatum	
Name <input type="text"/>			Vorname <input type="text"/>			Geburtsdatum TT MM JJJJ			Geschlecht ☐ weiblich ☐ männlich			Mobiltel. ☐ dienstlich ☐ privat <input type="text"/>			Telefon ☐ dienstlich ☐ privat <input type="text"/>						
Straße <input type="text"/>			Hausnr. <input type="text"/>		Land <input type="text"/>		PLZ <input type="text"/>		Wohnort <input type="text"/>			E-Mail ☐ dienstlich ☐ privat <input type="text"/>			Staatsangehörigkeit <input type="text"/>						
Ich bin ☐ Vollzeit beschäftigt ☐ Teilzeit beschäftigt ☐ in Altersteilzeit Arbeitsphase ☐ in Altersteilzeit Freistellungsphase ☐ Solo-Selbstständig																					
Betrieb / Einsatzbetrieb <input type="text"/>					PLZ <input type="text"/>		Ort <input type="text"/>		Personal-/Stammnummer <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>			Kostenstelle <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>									
☐ Leihbeschäftigte*r ☐ mit Werkvertrag ☐ befristet von: <input type="text"/> bis: <input type="text"/> Verleihbetrieb: <input type="text"/>																					
Ich bin derzeit ☐ Auszubildende*r ☐ Dual Studierende*r ☐ Student*in ☐ Schüler*in ☐ Ferienbeschäftigte*r von: <input type="text"/> bis: <input type="text"/> wenn Student*in, Hochschule: <input type="text"/>																					
IBAN <input type="text"/>																					
										durschn. mtl. Bruttoeinkommen, davon 1% Mitgliedsbeitrag = <input type="text"/>					Mitgliedsbeitrag <input type="text"/>						
<small>Beitritt: Hiermit trete ich der IG Metall bei und erkenne die Satzung dieser Gewerkschaft an. Ich bestätige die Richtigkeit der Angaben zu meiner Person und nehme den Datenschutzhinweis der IG Metall zur Kenntnis.</small>										<small>Datenschutz: Mitgliedsdaten werden nur im Sinne der Satzung verwendet. Meine personenbezogenen Daten werden von der IG Metall und Ihren gewerblichen Vertrauensleuten unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes für die Begründung und Verwaltung meiner Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt. Weitere Hinweise zum Datenschutz finde ich unter www.igmetall.de/datenschutz.</small>					<small>SEPA-LASTSCHRIFTMANDAT (wiederkehrende Lastschriften): Gläubiger-Identifikationsnummer der IG Metall: DE71 ZZZO 0000 0535 93, Mandatsreferenz: Mitgliedsnummer01. Ich ermächtige die IG Metall, den satzungsgemäßen Mitgliedsbeitrag einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der IG Metall auf mein Konto gezogene(n) Lastschrift(en) einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.</small>						